

Dr. Klaus Bauknecht
klausdieter.bauknecht@ikb.de

Henry Kissinger: Sanktionen sind nicht Ausdruck einer Strategie, sondern das Fehlen einer Strategie

Nach dem Referendum über den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation stehen zunehmend wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland im Raum. Eine Einschätzung der daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Implikationen ist wegen der unterschiedlichen Ausgestaltung von Sanktionen eher schwierig. Denn Sanktionen sind ein breiter Begriff. Sie reichen von Einschränkungen in Kooperationsabkommen bis hin zum kompletten Embargo von Gütern und Kapital bzw. Konfiszierung von Kapital. Generell erhöhen Sanktionen die Transaktionskosten. Doch je enger die wirtschaftlichen Beziehungen sind, umso zweischneidiger wird diese Politik, da sich Wohlfahrtsverluste nicht nur für das Land ergeben, gegen das Sanktionen verhängt werden.

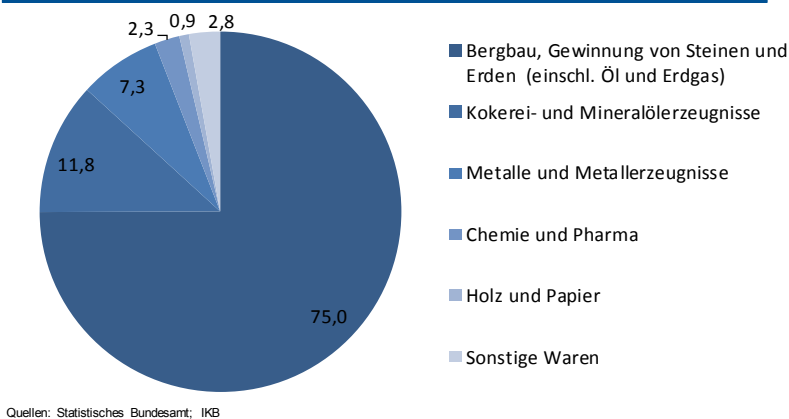
Eine durch die USA forcierte Diskussion über die Ausgestaltung von Sanktionen kann wegen der unterschiedlichen Handelsbeziehungen zwischen USA, EU und insbesondere Deutschland auf der einen Seite und Russland auf der anderen Seite als nicht optimal angesehen werden. Die USA haben bei Weitem nicht so enge Handelsbeziehungen mit den GUS-Staaten wie Deutschland (die hohe Vernetzung zwischen Russland und anderen GUS-Staaten benötigt einen ausgeweiteten Fokus). So machen Ausfuhren in die vier größten GUS-Staaten knapp über 4 % der gesamten deutschen Ausfuhren aus. Für die USA liegt dieser Wert bei unter 1 % aller US-Exporte. Ähnliches gilt für die Einfuhren. Knapp 4 % der deutschen Importe stammen aus den GUS-Staaten. Im Fall der USA sind es unter 1,5 % der US-Gesamteinfuhren. **Das Potenzial für Marktverzerrungen ist somit in Deutschland deutlich größer als in den USA.**

Abb. 1: Anteil der vier größten GUS-Länder* am gesamten deutschen Außenhandel



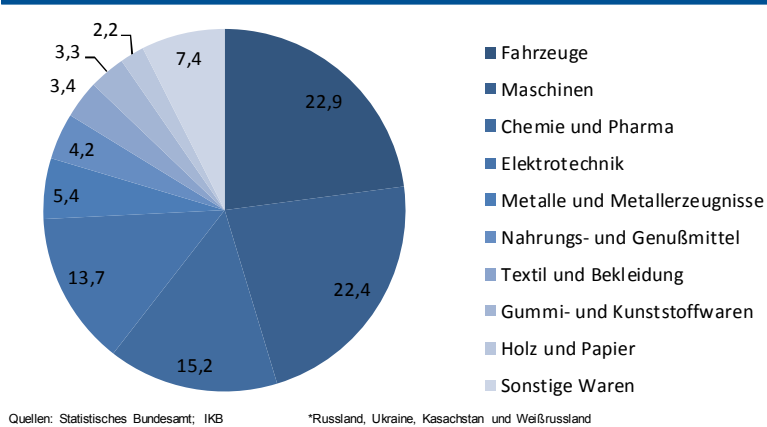
Sanktionen werden verhängt, um Wohlfahrtsverluste zu bewirken und somit eine politische Neuausrichtung durch innenpolitischen Druck herbeizuführen. Wohlfahrtsverluste sind am größten, bzw. Sanktionen sind dann am wirkungsvollsten, wenn die Nachfrage nach Gütern im betroffenen Land relativ unelastisch ist. Sanktionen hätten also dann den größten Einfluss, wenn die Importnachfrage Russlands wenig preissensitiv wäre, sodass der durch Sanktionen erzwungene Güterrückgang nicht durch einen moderaten Preisanstieg bzw. durch Substitution von Gütern stattfindet, sondern durch Einkommensrückgänge ausgeglichen werden muss. Dies entspräche Wohlfahrtsverlusten. Nun scheint es aber im Fall der deutsch-russischen Handelsbeziehungen gerade andersherum zu sein. Die deutschen Exporte haben zwar generell eine niedrige Preiselastizität, diese scheint aber im Vergleich zur Preiselastizität deutscher Importe aus Russland dennoch hoch zu sein. Denn Deutschland exportiert nach Russland hauptsächlich gefertigte Güter wie Fahrzeuge und Maschinen, für die zu einem gewissen Grad Substitute existieren. 75 % der deutschen Importe aus Russland sind hingegen Rohstoffe und primäre Energieträger. Die Nachfrage nach diesen Gütern ist kurzfristig relativ preisunelastisch, wie diverse Ölkrisen gezeigt haben. Sanktionen könnten die Preise deutlich ansteigen lassen, was bedeutet, dass wegen der unelastischen Nachfrage das Niveau der Zahlungen nach Russland nicht einmal niedriger liegen müsste. Eine absolute quantitative Restriktion ließe hingegen nicht nur die Preise deutlich ansteigen, sondern würde womöglich zu deutlichen Engpässen führen – eben weil der Preismechanismus Nachfrage und Angebot kurzfristig nur schwer ausgleichen kann. Mittelfristig sollte allerdings die Preissensitivität durch technologischen Fortschritt und Investitionen höher liegen.

Abb. 2: Struktur der deutschen Importe aus Russland (in %)



Fast 50 % der deutschen Exporte in die GUS-Länder beziehen sich auf Fahrzeug- und Maschinenbau, Branchen, in denen vor allem der deutsche Mittelstand stark vertreten ist. Wenn andere Industrienationen an den Sanktionen nicht teilnehmen, werden sie primär Marktverluste für deutsche Unternehmen und Marktopportunitäten für andere Länder nach sich ziehen, aber keinen bedeutenden effektiven Wohlfahrtsverlust für Russland bewirken. Beteiligen sich wichtige Industrienationen nicht an Sanktionen – insbesondere diejenigen, mit denen Deutschland nicht nur enge Export-, sondern auch Produktionsnetzungen aufweist –, mag sich der negative Einfluss von Sanktionen auf die deutschen Exporte in Grenzen halten, auch wenn womöglich die Transaktionskosten höher und die Handelswege etwas länger werden. Würde allerdings Russland als Antwort auf Sanktionen Strafzölle auf deutsche Produkte (nicht Produkte aus Deutschland) erheben, wäre der Wohlfahrtsverlust für Deutschland höher, der für Russland wegen der Substitute aus China und Japan geringer.

Abb. 3: Struktur der deutschen Exporte in die vier größten GUS-Staaten* (in %)



Ein durch Sanktionen verursachter Rückgang deutscher Exporte in die GUS-Staaten um 25 % würde die Gesamtexporte mit knapp unter 1 Prozentpunkt belasten. Da deutsche Exporte wiederum rund 50 % des deutschen BIP ausmachen, würde unter der Annahme eines Importanteils an den Exporten von rund 40 % das deutsche BIP um rund 0,3 Prozentpunkte belastet werden. Die Importe sollten sich allerdings wegen der unelastischen Nachfrage nach Energieträgern weniger schnell reduzieren. Sanktionen würden somit auch mit einer Verschlechterung der deutschen Handelsbilanz (niedrigeres Exportvolumen, höhere Importpreise) einhergehen.

Fazit: Wenn es darum geht, dass Sanktionen durch Wohlfahrtsverluste eine politische Wende forcieren, zeigen Sanktionen eine bestenfalls durchwachsene Erfolgsgeschichte. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Regierung im sanktionierten Land nicht sehr sensitiv auf Wohlfahrtsverluste ihrer Bevölkerung reagiert: Weder wurden Franco in Spanien, Ian Smith in Rhodesien oder Fidel Castro in Kuba durch ein Embargo gestürzt, noch die Sowjetunion durch Sanktionen aus Afghanistan vertrieben. Im Fall der deutsch-russischen Handelsbeziehungen kommt noch hinzu, dass die relative Preiselastizität der Exporte und Importe auf Kosten für beide Länder hindeutet – und nicht primär für Russland. Der Wohlfahrtsverlust Russlands könnte sich zudem durch die neutrale Haltung anderer Industrienationen von Industriegütern weiter reduzieren. Deswegen spricht insbesondere aus deutscher Sicht relativ wenig für die Einführung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland. Anders formuliert: Die Zustimmung für Sanktionen gegen Russland gehen mit nicht zu vernachlässigenden Wachstums- und somit auch Wohlfahrtsverlusten für Deutschland einher.

Disclaimer:

Diese Unterlage und die darin enthaltenen Informationen begründen weder einen Vertrag noch irgendeine Verpflichtung und sind von der IKB Deutsche Industriebank AG ausschließlich für (potenzielle) Kunden mit Sitz und Aufenthaltsort in Deutschland bestimmt, die auf Grund ihres Berufes/ Aufgabenstellung mit Finanzinstrumenten vertraut sind und über gewisse Erfahrungen, Kenntnisse und Sachverstand verfügen, um unter Berücksichtigung der Informationen der IKB Deutsche Industriebank AG ihre Anlage- und Wertpapier(neben)dienstleistungsentscheidungen zu treffen und die damit verbundenen Risiken unter Berücksichtigung der Hinweise der IKB Deutsche Industriebank AG angemessen beurteilen zu können. Außerhalb Deutschlands ist eine Verbreitung untersagt und kann gesetzlich eingeschränkt oder verboten sein.

Die Inhalte dieser Unterlage stellen weder (i) eine Anlageberatung (ii) noch eine individuelle Anlageempfehlung, (iii) noch eine Einladung zur Zeichnung (iv) noch eine Willenserklärung oder Aufforderung an den Kunden ein Angebot zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten abzugeben oder einen Vertrag über eine Wertpapier(neben)dienstleistung zu schließen, dar. Die Unterlage wurde nicht mit der Absicht erarbeitet, einen rechtlichen, steuerlichen oder bilanziellen Rat zu geben. Empfehlungen und Prognosen stellen unverbindliche Werturteile zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar. Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf den Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage. Eine Änderung der Meinung des Verfassers ist daher jederzeit möglich, ohne dass dies notwendigerweise publiziert wird. Die in der Unterlage zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der IKB wider. Prognosen zur zukünftigen Entwicklung geben Annahmen wieder, die sich in Zukunft als nicht richtig erweisen können; für Schäden, die durch die Verwendung der Unterlage oder von Teilen davon entstehen, wird nicht gehaftet.

Bei der Unterlage handelt es sich auch nicht um eine Finanzanalyse im Sinne des WpHG. Sie unterliegt daher nicht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen an eine Finanzanalyse. Die inhaltlichen und organisatorischen Vorgaben an eine Finanzanalyse sind nicht anwendbar. Ein Verbot des Handelns vor Veröffentlichung besteht nicht.

Die vorliegende Unterlage ist urheberrechtlich geschützt. Das Bearbeiten oder Umarbeiten der Unterlage ist untersagt. Eine Verwendung der Unterlage für gewerbliche Zwecke, auch auszugsweise, ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der IKB Deutsche Industriebank AG zulässig.

Ansprechpartner in der IKB Deutsche Industriebank AG

40474 Düsseldorf
Wilhelm-Bötzkens-Straße 1
Telefon +49 211 8221-0

Volkswirtschaft und Research
Telefon +49 211 8221-4118

17. März 2014

Herausgeber: IKB Deutsche Industriebank AG

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Sitz: Düsseldorf

Handelsregister: Amtsgericht Düsseldorf, HR B 1130

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Bruno Scherrer

Vorsitzender des Vorstands: Hans Jörg Schüttler

Vorstand: Dr. Dieter Glüder, Claus Momburg, Dr. Michael H. Wiedmann